



Das alte Gemeindezentrum macht einen sauberen Eindruck, aber dem Landkreis große Sorgen. FOTO: REINER SILBERSTEIN

Kreis will Samtgemeinde eine letzte Chance geben

Der Bauausschuss stellt Abrisskosten für das alte Gemeindezentrum in Meine in den Haushalt ein.

Von Reiner Silberstein

Meine. Fast zwei Millionen Euro wird der Landkreis wohl im nächsten Jahr in die Bauunterhaltung seiner Gebäude investieren. Für ein Haus soll das 2020 nicht mehr gelten: für das alte Gemeindezentrum Meine. Der Kreisausschuss für Umwelt, Bau, Energie und Regionalplanung stimmte am Dienstagmittag für den Abriss. Nur wann der genau erfolgen soll, darüber entbrannte eine heftige Diskussion.

„Die Baumängel sind mehr als erheblich, von Brandschutz bis Schimmel im Keller“, erklärte der Erste Kreisrat Thomas Walter – sie seien der Grund, warum weder Gemeinde noch Landkreis ein Interesse am Gebäude hätten.

Es sei vor Jahren die richtige Entscheidung gewesen, die Flüchtlingshilfe Papenteich im Haus unterzubringen, so Walter, nun aber sei es „Zeit, zu einer Lösung zu kommen“. Denn: „Wir haben die Verantwortung, wir sind diejenigen, die

dran sind, wenn etwas passiert.“

Auch für die Flüchtlingshilfe gebe es mittlerweile Alternativen: Der Landkreis biete Lagerflächen im Clausmoorhof in Gifhorn an, die Kleiderbörse könne nachmittags in der Mensa des Meiner Philipp-Melanchthon-Gymnasiums eröffnet werden und auch die katholische Kirche habe Räume für Treffen angeboten.

Der Vorwurf ging in Richtung der Samtgemeinde: Es bestehe das Angebot, das Haus zu übernehmen – geschenkt. Aber: „Seit 2018 warten wir“, sagte Walter, „Warum ist gar nichts passiert? Keine Entscheidung, keine Machbarkeitsstudie!“

Holger Schulz, der stellvertretende Fachbereichsleiter Bauwesen, präsentierte dem Ausschuss vier Handlungsoptionen: vom Vollabriss mit Notausgang für die Sporthalle, aber Sperrung der Tribüne, für 250.000 Euro, über Teilabrissvarianten mit Erhalt des Treppenzugangs zur Tribüne bis hin zum Teilabriss mit Sanierung der bestehen-

den Toiletten und Einrichtung von Räumen wie für einen Kiosk – für 1,07 Millionen Euro.

„Das verwirrt mich“, gab Brigitte Brinkmann (SPD) zu verstehen, „eine Million Euro könnte man auch in die Hand nehmen, um das alte Gebäude zu sanieren.“ Arne Duncker (Grüne) stellte den Antrag, die Entscheidung um zwei Jahre zu verschieben, um der Flüchtlingshilfe mehr Zeit zu geben, eigene Räume zu finden – „die Suche läuft“. „Abreißen! Punkt, aus, fertig!“, so formulierte Friedrich Lührs (FDP) seinen knappen Antrag.

Das Rennen machte jedoch mit sechs Ja-Stimmen, einer Gegenstimme und drei Enthaltungen der Vorschlag von Joachim Zeidler (CDU): Die 250.000 Euro für den Vollabriss sollen in den Haushalt eingestellt, aber mit einem Sperrvermerk bis Ende April versehen werden – „damit die Samtgemeinde Zeit hat, mit dem Kreis ins Einvernehmen zu gehen“. Der Vermerk ist als Druckmittel gedacht.